

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
07. HuFA 2004-2009
Sitzungsdatum:
23.08.2005

Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 23.08.2005

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung vom 15.02.2005
3. 25. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Jugendzentrum Frelenberg
hier: Abschluss der Offenlage und Feststellungsbeschluss
4. 26. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Grünfläche" Gürzelweg und "Wohnbaufläche" Kantstraße
hier: Abschluss der Bürger- und Behördenbeteiligung, Beschluss des Entwurfes und Auslegungsbeschluss
5. Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus (2. vereinfachte Änderung)
hier: Satzungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße -
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung
7. Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen
hier: Grundsatzentscheidung
8. Erweiterung zur Tagesordnung
- 8.1. Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
9. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Peter Fröschen

Frau Karin Fürkötter

(ab TOP 2, 17:05 Uhr)

Herr Paul Josef Gerschel

Herr Gerhard Gudduschat

Herr Herbert Konrads

Herr Hans-Josef Krawanja

(abw. zu TOP 12, 17:40 bis
17:45 Uhr)

Herr Leo Meertens

Herr Manfred J. Offermanns

(beratendes Mitglied)

Frau Eva Maria Piez

Herr Rainer Reißmayer

Herr Matthias Spätgens

Frau Erika Tanzer

(ab TOP 4, 17:07 Uhr)

Herr Günter Weinen

Frau Corinna Weinhold

Herr Heiner Weißborn

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll

Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski

Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker
Schlüter

Herr Kämmerer Bernd Schmitz

Herr Heinz Waliczek

Herr Franz Janssen

Schriftführer

Herr Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten und den Vertreter der Presse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll teilte mit, dass den Stadtverordneten gestern ein Vorschlag zur Erweiterung der Tagesordnung zugegangen sei. Hierbei handele es sich um die Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie folgt erweitert:

8.1 Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter Offermanns erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.06.2005 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung vom 15.02.2005

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.02.2005 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 25. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Jugendzentrum Frelenberg

hier: Abschluss der Offenlage und Feststellungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange Anregungen vorgebracht wurden.
2. Die 25. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Jugendzentrum Frelenberg wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

4 26. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Grünfläche" Gürzelweg und "Wohnbaufläche" Kantstraße

hier: Abschluss der Bürger- und Behördenbeteiligung, Beschluss des Entwurfes und Auslegungsbeschluss

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass von Bürgern weder Anregungen noch

Bedenken vorgetragen wurden.

2. Über die eingegangenen Anregungen und Bedenken berührter Träger öffentlicher Belange wird entsprechend der beigefügten Unterlagen 2.1 bis 2.3 entschieden.
3. Der Entwurf der 26. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Grünfläche Gürzelweg" und "Wohnbaufläche Kantstraße" in "Fläche für den Gemeinbedarf Feuerwehr und Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen" wird beschlossen.
4. Die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Entwurfes der 25. Änderung des Flächennutzungsplanes "Fläche für den Gemeinbedarf Feuerwehr und Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen" wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 5 **Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus**
(2. vereinfachte Änderung)
hier: Satzungsbeschluss
-

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder sonstigen Trägern öffentlicher Belange Anregungen vorgebracht wurden.
2. Die im vereinfachten Verfahren durchgeführte Bebauungsplan-Änderung wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 6 **Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße -**
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung
-

Stadtverordneter **Weinen** regte an, das Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept zuerst dem Stadtrat als Auftraggeber vorzustellen, bevor es der Öffentlichkeit präsentiert werde.

Da das Konzept nicht nur auf den örtlich begrenzten Bereich von Marienberg ausgerichtet sei, sondern Bedeutung für die gesamte Stadt habe, sei eine Vorabinformation für die Stadtverordneten sicherlich sinnvoll. Er

schlug vor, dass man die Sondersitzung des Rates am 20.09.2005 um einen Tagesordnungspunkt zur Vorstellung dieses Gutachtens erweitere.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass den Stadtverordneten auf jeden Fall vor der Einwohnerversammlung das fertige Konzept zugestellt werde. Er werde den Vorschlag aber gerne aufgreifen und Herrn Dr. Kummer bitten, das Konzept in der Ratssitzung am 20.09.2005 vorzustellen.

Die Einwohnerversammlung werde er auf den 29.09.2005, 19.30 Uhr, festlegen und hierzu in die Turnhalle Marienberg einladen.

Stadtverordneter **Weißborn** begrüßte den Vorschlag. Auch er halte es für sinnvoll eine separate Vorstellung im Stadtrat durchzuführen.

Auch Stadtverordnete **Weinhold** sprach sich für die Erweiterung der Sonderratssitzung am 20.09.2005 aus.

Bürgermeister Schmitz-Kröll fasste demnach die Beteiligung der einzelnen Gremien wie folgt zusammen:

20.09.2005 Sonderatssitzung mit Vorstellung des Gutachtens durch Dr. Kummer
29.09.2005 Einwohnerversammlung
18.10.2005 Haupt- und Finanzausschusssitzung zur Vorberatung
19.10.2005 Lenkungskreis Stadtmarketing
25.10.2005 Ratssitzung mit Beschlussfassung

Beschlussempfehlung:

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

| | |
|-------------------------------------|---|
| Für die Fraktion der SPD: | Eva-Maria Piez und Heiner Weißborn |
| Für die Fraktion der CDU: | Silvia Gillen und Herbert Konrads |
| Für die Fraktion der UWG: | Corinna Weinhold |
| Für die Fraktion B'90/Grüne: | Rainer Reißmayer |
| Für die FDP: | Manfred Offermanns |

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen

hier: Grundsatzentscheidung

Stadtverordneter **Konrads** erläuterte, dass man sich in der letzten Jugend- und Sozialausschusssitzung gemäß der Verwaltungsvorlage für eine dezentrale Unterbringung ausgesprochen habe. Das Ziel der Verwaltung, die Schaffung sozialer Brennpunkte bzw. eine Gettoisierung zu vermeiden, werde dabei positiv anerkannt.

Der Beschlussempfehlung der Verwaltung wurde im Ausschuss einstimmig entsprochen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Zwecke der anderweitigen kurz- bzw. mittelfristigen Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen, niedrigpreisigen Wohnraum im Stadtgebiet anzumieten bzw. den Standort Obdächer „Heinsberger Str.“ zu optimieren.

Die Schaffung sozialer Brennpunkte bzw. eine Gettoisierung ist dabei zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Erweiterung zur Tagesordnung

8.1 Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass der Gewerbeverein „Holthausen Aktiv e. V.“ beantragt habe, das Gewerbe- und Industriefest künftig auch im September bzw. Oktober eines Jahres durchführen zu können. Weiterhin solle auch das zusammengefasste Gewerbegebiet Holthausen und Weißenhaus als Veranstaltungsort ausgewiesen werden. Die Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung sei nicht zuletzt deshalb notwendig, um überhaupt einen entsprechenden Antrag genehmigen zu können. Bis zum Ende dieser Woche sei ein Antrag angekündigt, mit Programm für Aktionen und allem, was zu einem Gewerbefest so dazugehöre.

Stadtverordneter **Meertens** regte an, dass § 2 Abs. 2 der ordnungsbehördlichen Verordnung in soweit angepasst werde, dass auch nach 14.00 Uhr die Ladenlokale geöffnet bleiben könnten.

Für viele Gewerbetreibende sei es problematisch die Geschäftsstellen am Samstag so früh zu schließen. Gerade im Einzelhandel habe die Tendenz zu längeren Öffnungszeiten am Samstag mittlerweile Einzug gehalten. Weiterhin verwies er darauf, dass viele Feste bereits am Freitag oder Samstag beginnen und sich dann bis Sonntag durchzögen, so dass hier eine angepasste Regelung sinnvoll sei.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, dass in diesem Zusammenhang gesetzliche Vorschriften zu beachten seien. Er sagte zu bis zur kommenden Woche die Fragen zu klären. Sofern diese jedoch Bestandteil des Ladenschlussgesetzes seien, sei über die ordnungsbehördliche Ver-

ordnung eine Änderung nicht möglich.

Stadtverordneter **Weinen** erkundigte sich danach, ob es möglich sei die Termine zu den einzelnen Gewerbefesten offen zu halten, um den Gewerbebetreibenden mehr Spielraum zu ermöglichen.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, dass es durchaus Sinn mache terminliche Vorgaben für die Feste zu geben, damit es nicht dazu komme, dass mehrere Feste an ein und demselben Termin durchgeführt würden und sich gegenseitig die Besucher nehmen.

Stadtverordneter **Weinen** schlug daraufhin vor, dass die Verwaltung selber die Terminvergabe bestimme. Seiner Meinung nach müsse dies nicht Gegenstand der Ratsentscheidung sein. Er spreche sich in diesem Zusammenhang für eine liberalere Handhabung aus.

Stadtverordneter **Weißborn** regte an zuerst die rechtlichen Problemstellungen klären zu lassen, ehe man hierzu konkret Entscheidungen treffe. Er beantragte diesen Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu verweisen.

Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass er sich ebenfalls für eine liberalere Handhabung der Öffnungszeiten ausspreche.

Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wird zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung an den Rat in seiner kommenden Sitzung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

Anfrage des Stadtverordneten Offermanns

Stadtverordneter **Offermanns** teilte mit, dass sowohl in Presse als auch im Fernsehen über ein generelles Rauchverbot an Nordrhein-Westfälischen Schulen berichtet wurde. Er stellte die Frage, wie dies in Übach-Palenberger Schulen gehandhabt werde.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, dass die entsprechende landesgesetzliche Regelung bisher in Übach-Palenberg noch nicht vorliege. Die Schulen würden sich dann sicherlich um eine entsprechende Um-

setzung bemühen.

Stadtverordneter **Konrads** erläuterte, dass auch er eine entsprechende Mitteilung von Seiten des Landes noch nicht erhalten habe.

Stadtverordneter **Offermanns** fragte weiter, ob daran gedacht sei auch im Rathaus ein Rauchverbot einzuführen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erläuterte, dass er persönlich hiergegen keine Einwände habe.

Es sprächen jedoch verschiedene Gründe dagegen. Gerade innerhalb des Rathauses sei es in konflikträchtigen Ämtern sinnvoll, keine zusätzlichen Beschränkungen einzuführen, die unter Umständen Aggressionen fördern. Es sei sicherlich nachvollziehbar, dass ein Bürger, der einen abschlägigen Bescheid erhalten habe, durch ein Rauchverbot nicht zu Ruhe und Besonnenheit neigen würde.

Wenn jedoch der Stadtrat ein generelles Rauchverbot beschließen wolle, werde er dies umsetzen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 17.30 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 18.05 Uhr die Sitzung

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer